

Sahnen schon in der ganzen Armees herrschten: die unbeschränkte Disziplinargewalt der Kommandeure und Kommissäre, keine Soldaten-Ausschüsse, schonungslose Urteile der Feldgerichte usw.

Solange der konterrevolutionäre Feind noch dem Bolschewismus drohte, duldeten auch die Sowjetregierung diese privilegierte Stellung der Matrosen. Mit dem Friedenszustand jedoch begannen auch die Reibungen der bolschewistischen Regierung mit der Marine. Die Einzelheiten des Streites zwischen der Kriegsmarine und der Regierung sind uns unbekannt. Aber seit langem schon hörte man von den Forderungen, die das Oberkommando an die Kronstädter stellte, um sie zu „disziplinieren“, und von den Deputationen, die die Flotte an Trotzki sandte, um mit ihm zu unterhandeln. Man hörte auch, daß die militärische Oberleitung mit den Zuständen in der Marine sehr unzufrieden sei.

Vielleicht wäre es der Regierung auch gelungen, ihre Ziele zu erreichen, ohne einen offenen Kampf zu provozieren. Aber da trat ein politisches Ereignis ein, das übrigens selbst als ein notwendiges Ergebnis des Friedenszustandes zu betrachten ist: die Spaltung zwischen den Führern der kommunistischen Partei. Wenn einerseits diese Spaltung und die durch sie hervorgerufenen heftigen Polemiken und skandalösen Enthüllungen die „Parteilosen“ vor den Massen diskreditierten, so fühlten diese Massen andererseits, daß durch diese Krise die vorherrschende Tendenz der unbeschränkten hierarchisch-organisierten Diktatur der Führer zusammenbrach. Die kommunistischen Matrosen zogen aus der Geschichte die Moral. Als es zur Wahl der Delegierten zum Kongress der kommunistischen Partei kam, der sich in der Hauptsache mit der Gewerkschaftsfrage beschäftigte, machten sich die kommunistischen Matrosen das Vergnügen, ihren — wie sie ihn zum Spott nannten — Marshall Trotzki und sein „anderes Ich“, den Chef der baltischen Flotte, Katschinskow, durchfallen zu lassen, indem sie nicht nur die Theesen Lenins annahmen, sondern auch in einer Resolution erklärten, daß die Übertragung der militärischen Methoden auf die Industrie diese nur ruinieren könnte. Diese Desavouierung Trotzki's durch die ihm untergeordneten Matrosen wurde natürlich von seinen Gegnern ausgenutzt. Die breiten Massen der Matrosen gingen noch weiter und brühten ihre Mißstimmung über die kommunistische Partei dadurch aus, daß sie aus ihr austraten. Wie der Petersburger Kommissar Sorin noch im Januar dieses Jahres feststellte, „desertierten“ auf diese Weise nicht weniger als 5000 Matrosen aus der Partei.

Die „Aktion“ in Mitteldeutschland

Wie die ausländischen Kommunisten belogen werden
Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.
Eisleben, den 31. März.

Im Mansfelder Kreise, dem Mittelpunkt der Kämpfe, ist die ganze Ziellosigkeit der kommunistischen Aufstands in vielen Beispielen festzustellen. Die Bewegung wurde durch die Zentralleitung der Partei künstlich ins Land getragen. Die überlegende Mehrheit der Mansfelder Arbeiter wollte trotz des Einflusses der Sipo von einem Streik nichts wissen, sie wurden von der Parole eines „Streik“ abgelenkt, wie die Arbeiter im übrigen Deutschland. Es freilich Mittwoch voriger Woche nur einige Werke. Am Abend dieses Tages erschien aber in einer großen Versammlung in Eisleben der angegebliche Max Hill, er rebete den Arbeitern vor, daß ganz Deutschland in hellen Flammen stehe, und daß es nun auch für die Mansfelder Arbeiter gelte, zu Taten zu schreiten. Er forderte die Arbeiter ganz offen zu Terror und zu Plünderungen auf und gab auch die Parole aus, daß alle Betriebe, die nicht streiken wollen, gewalttätig geschlossen werden müßten. Das ist denn auch am Donnerstag voriger Woche geschehen. Von Eisleben bis Mansfeld traten bewaffnete Arbeiter auf, die dem Kommando des angeblichen Hill unterstanden.

Die Führer des Aufstandes kamen meist von außerhalb, zwangen die Arbeiter gewaltlos zum Waffendienst und begannen ihre Aktion durch völlig sinnlose Requisitionen, Plünderungen und Zerstörungen durch Dynamit. So wurden in Eisleben in der Umgebung des Marktplatzes fast sämtliche Geschäfte ausgeraubt. Als die Putschisten ihre Sache verloren sahen, verflüchteten sie, das Rathaus und das nebenliegende Direktionsgebäude der Mansfelder Kupferhüttenbauergewerkschaft in die Luft zu sprengen. Das Attentat richtete großen Schaden an den Nachbargebäuden an, deren Fenster scheibten bis ins vierte Stockwerk zertrümmert, während im Direktionsgebäude die Wände eingedrückt wurden. Nach vollbrachter Tat machten sich die Anführer dieser Verbrechen aus dem Staube. In gleicher Weise wurde in Helbra, Hettstedt und Mansfeld verfahren. Auch Anschläge und Attentate auf Privathäuser wurden ausgeführt.

Die Arbeiterbewegung in Mitteldeutschland hat durch den kommunistischen Putsch einen schweren Schlag bekommen. Eine Massenflucht aus der K. P. D. setzt schon jetzt ein, die gelbe Bewegung wird wieder an Boden gewinnen. Diese Arbeiter werden aufs Pfaster geworfen. Das ist neben dem entsetzlichen Leid, das über unzählige Familien gekommen ist, der „positiv“ Erfolg der kommunistischen Aktion, für die, — wir betonen das noch einmal — nicht die durch Lug und Trug verführten Arbeiter verantwortlich sind, sondern die wahrgewordenen Leiter der Aktion, die sich alle aus dem Staube gemacht haben. Dieses Urteil wird im ganzen Mansfelder Kreis von allen Arbeitern offen ausgesprochen.

Der „Generalstreik“ vor dem Ende

Drahtmeldung unseres Korrespondenten
Halle, 31. März.

Der sogenannte Generalstreik geht in ganz Mitteldeutschland seinem Ende entgegen. In der kommunistischen Zeitung herrscht ein vollkommenes Durcheinander. Die Elektrizitäts- und Gasarbeiter, die am Sonnabend gegen den Streik, am Dienstag für den Streik gestimmt hatten, beschloßen am Mittwochabend einstimmig, die Arbeit wieder aufzunehmen. Andere Betriebe sind heute gefolgt, auch in der übrigen Provinz Sachsen wird an den meisten Stellen wieder gearbeitet. Einige große Unternehmungen, so daß Beunawerk und die Mansfelder Kupferhüttenbauergewerkschaft, halten ihre Betriebe geschlossen und wollen nur die Arbeiter wieder einstellen, die ihnen genehm sind.

Zwischen der K. P. D. und der K. A. P. D. ist ein Streit um die Schuldfrage entbrannt. Niemand will die Verantwortung für das Mißlingen des Aufstandes übernehmen. Die Kämpfe, die hier und da noch ausflackern, sind ohne Bedeutung. Es handelt sich um verstreute Bänder, die keinen großen Schaden mehr anrichten können. Dem und Bawolfsky, die im Kreise Mansfeld die Oberleitung hatten, sind nicht, wie fälschlich gemeldet wurde, im Beunawerk verhaftet worden. Sie haben sich ebenso wie die anderen Führer beim Zurückgehen der Sipo in Sicherheit gebracht. Hallische Parteifreunde des Demk behaupten heute ganz offen, daß Demk ein Spielprovocateur

überßer Sorte sei. Diese Behauptung wird wahrscheinlich, da Demk auch in den Rapp-Putsch verwickelt war.

In Halle und allen anderen Orten herrscht völlige Ruhe. Nur hin und wieder sieht man einen Sicherheitssoldaten, der aber im Strahlenbild kaum auffällt. Der Ruf nach der Reichswehr, der von reaktionärer Seite ausgeht, findet in den Tatsachen keine Begründung. Die Reichswehr hat übrigens entgegen den Behauptungen der Regierung wiederholt in die Kämpfe eingegriffen, und zwar nicht nur mit Artillerie, sondern auch mit Infanterie. Dabei ist sie ihrer alten Gewohnheit treu geblieben. Während die Sipo im allgemeinen ruhig und besonnen vorgegangen ist, sind von der Reichswehr viele Mißhandlungen an Gefangenen vorgenommen worden. Diese Barbarei muß endlich ausgemerzt werden; ebenso ist darauf hinzuwirken, daß die Gefangenen, die zum Militärdienst gezwungen wurden, nicht der Folter der Haft ausgesetzt werden.

Harmen, 31. März.

In Eiserfeld ist alles ruhig. In Remscheid ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Der rechtssozialistische Polizeipräsident von Düsseldorf hat ein Verbot herausgegeben, das sich auf die Abhaltung von politischen Versammlungen aller Parteien bezieht. Dabei ist den örtlichen Polizeibehörden überlassen worden, Ausnahmen zu machen. Die Bezirksleitung der K. P. D. hat dagegen sofort energisch Protest erhoben.

Im besetzten Gebiet, in Saan bei Solingen, haben die Engländer mehrere Kommunisten verhaftet, darunter einen Angehörigen des Eisenbahnerverbandes, und nach Köln abtransportiert. In Solingen hat man versucht, den Generalstreik zu injizieren, es ist aber nicht gelungen. In Nettmann und Gratten ist nichts Neues vorgefallen.

Die allgemeine Lage

Es kann festgestellt werden, daß die Putschbewegung, die von den unter kommunistischer Flagge legebenden anarcho-sozialistischen Elementen in Szene gesetzt worden ist, ihrem Ende entgegengeht. In Berlin herrscht völlige Ruhe, in Mitteldeutschland kommt es nur noch gelegentlich an weitabgelegenen Orten zu nachträglichen „Aktionen“, in Westdeutschland ist es zu einem eigentlichen Streik größeren Umfanges nicht gekommen, in Sachsen, in Schlesien, in Süddeutschland, in allen anderen wichtigen Industriegebieten haben die kommunistischen Partein nicht den mindesten Anflug gefunden. Im Einzelnen liegen noch folgende Meldungen vor:

Bei der Einnahme des Beunawerkes ist eine größere Anzahl von Menschen ums Leben gekommen. Die Besatzung soll 30 bis 40 Tote und 32 Vermundete gehabt haben. Es wird festgestellt sein, ob diese Opfer beim Widerstand gegen die Schutzpolizei gebracht wurden, oder ob es das traurige Ergebnis eines Racheakts sind. Weiter wird berichtet, daß sich unter den Gefangenen eine Reihe von Ausländern befinden, darunter Russen, Oesterreicher, Marokkaner und Algerier.

In der bürgerlichen Presse war berichtet worden, daß in Liebenwerda die Kaiserrepublik ausgerufen worden sei. Das hat sich als Schwindel erwiesen. Drei von den Putschisten verhaftete Landwirte wurden wieder in Freiheit gesetzt. Der Streik scheint hier auf Grund falscher Nachrichten aus dem Kreise weiter zu gehen. Die Nachricht von der Verhaftung der Direktoren der Milk-Grube entspricht nicht den Tatsachen.

In Esnet sind am Mittwoch zahlreiche Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen worden, die im Zusammenhang mit einem Eisenbahnattentat stehen sollen. Bei einem Kommunistenführer soll eine größere Anzahl Gewehre, Handgranaten und Munition gefunden worden sein.

Bei Leipzig wurde tampflos besetzt, zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Streik bei der Aktiengesellschaft Weser in Bremen ist im Abklingen begriffen. Annähernd zwei Drittel der gesamten Arbeiter, 5700 Mann, sind Donnerstag morgen pünktlich zur Arbeit erschienen, wodurch die Fortsetzung des Betriebes in vollem Umfange ermöglicht wurde.

Im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet ist die Lage unverändert. Auf den Höhen des Oberbergamtsbezirktes Dortmund wird überall gearbeitet, mit Ausnahme von Jemte Westfalen in Ahlen, wo etwa die Hälfte der Belegschaft nicht angefahren ist. Auf der linken Rheinseite befinden sich noch die Belegschaften der Zeche Rheinpreußen Schacht 1, 2, 4 und 5, Diergardt Schacht 1, 2, Friedrich Wilhelm und Wilhelmine Westfalen im Auslande. Schacht 4 und 5 der Zeche Rheinpreußen sind von den Kommunisten besetzt. Zeche Diergardt 1, 2, die ebenfalls von den Kommunisten besetzt war, ist Donnerstag morgen wieder freigegeben worden.

Wie von kommunistischer Seite mitgeteilt wird, hat die Streikleitung für den Westen den Abbruch des Streiks beschlossen.

Die freien Gewerkschaften, die Rechtssozialisten und die Unabhängigen im Siegerlande fordern in einem Aufruf die freigebliebenen und sozialistisch denkenden Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, sich nicht durch unverantwortliche Elemente zu unbedonnen Handlungen hinstreichen zu lassen.

Erregung unter den Elektrizitätsarbeitern Die Folgen der Provokation

Der Gesamt-Betriebsrat der Groß-Berliner Elektrizitätswerke hatte zu gestern nachmittag eine Vollversammlung sämtlicher Elektrizitätsarbeiter abgehalten. Die Versammlung sollte ursprünglich zu der Entlassung Solts Stellung nehmen. Durch die inzwischen erfolgte Verhaftung und schwere Verwundung Solts bei seiner Verhaftung im Volkshelprädium hatte sich die Situation wesentlich verändert.

In der Versammlung, die einen recht stürmischen Verlauf nahm, gaben alle Versammelten ihre tiefste Empörung über den verbrecherischen Anschlag Ausdruck. Nachdem die Vertreter der Belegschaft einen Bericht über die Vorkommnisse im Volkshelprädium gegeben hatten, wurde förmlich verlangt, daß Solts sofort aus dem Volkshelprädium entlassen und einer Privat-Krankenanstalt überwiesen werde.

Wie zu erwarten war, versuchten die Kommunisten, durch einige redigewandte Parteivertreter die Situation für ihre Zwecke auszunutzen. Sie empfahlen, die Elektrizitätsarbeiter müssen zum Protest sofort in den Streik treten und Groß-Berlin den Strom abschneiden.

Nach sehr lebhafter Debatte, die sich über mehrere Stunden ausdehnte, sollte über einen Antrag abgestimmt werden, der das Eintreten der Berliner Elektrizitätsarbeiter in eine sofortige Aktion verlangte. Rechner der K. P. D. und S. P. D. verlangten, daß über diesen Antrag in den einzelnen Werken eine Urabstimmung vorgenommen werden müsse. Dies wurde damit begründet, daß in den Berliner Elektrizitätswerken insgesamt 3000 Arbeiter beschäftigt sind, während die Versammlung nur von ungefähr 400 Beschäftigten besucht sei. Ein Vertreter des Charlottenburger Werkes gab die Erklärung ab, daß dieses Werk nur durch vier Delegierte vertreten sei. Sie seien also nicht berechtigt, in dieser Versammlung darüber abzustimmen, ob der gesamte Betrieb eine Aktion unternehmen soll.

Das Ergebnis der Polizeiaktion

Kabinettsitzung

Die Maßregel: Auf Anordnung des Reichskabinetts hatte sich eine Kommission aus Beamten des Reichsministeriums des Innern, des Reichswehrministeriums und des preussischen Ministeriums des Innern in das mitteldeutsche Aufstrebgebiet begeben, um an Ort und Stelle sich von den Ergebnissen der Polizeiaktion zu überzeugen. Ueber ihre Eindrücke ist heute in einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts und des preussischen Kabinetts Bericht erstattet worden. Die Feststellungen gingen dahin, daß die Polizei ihre Aufgabe mit der größten Hingabe und in vorzüglicher Weise gelöst hat. Die Maßnahmen, die zur Unterdrückung der Bewegung getroffen worden waren, können als völlig zweckmäßig bezeichnet werden. Sie sind so schnell und kräftig durchgeführt worden, wie es die Schwierigkeit der Aufgabe zuließ, so daß ein Einschlag von Reichswehr außer den der Polizei beigegebenen Batterien im Aufstrebgebiet weder erforderlich war, noch, wenn keine Rückschlüsse erfolgen, fernherin erforderlich werden wird. Zur Säuberung des Gebietes von verstreuten Bänden, zur Verhinderung neuer Zusammenrottungen und zur Feststellung und Festnahme der Schuldigen werden nach einer Reihe von Maßnahmen erforderlich sein, die ihrer Natur nach am besten durch die Polizei gelöst werden. Die Polizei wird daher vorerst noch im dem Aufstrebgebiet bleiben. An einzelnen Aufstrebherden außerhalb des von der Polizei besetzten Gebietes wird nach Bedarf die Reichswehr eingegriffen, so gegenwärtig in Liebenwerda. Zu diesem Zweck wird die Bereitstellung des Militärs zunächst beibehalten. Die Bevölkerung des heimgefallenen Gebietes kann daher mit Vertrauen auf eine baldige völlige Wiederkehr ruhiger und sicherer Verhältnisse rechnen.

Die Regierungen im Reiche und in Preußen haben je einen im Sinne ihrer Beschlüsse lautenden Erlaß an die „regimenten Truppen“ herausgegeben.

Staatsratswahlen in Groß-Berlin

Drei Unabhängige gewählt

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadtgemeinde Berlin hat nach der Preussischen Verfassung das Recht, acht Mitglieder für den Senat zu wählen. Die Wahlen hatten nach dem System der Verhältniswahl stattgefunden; jede Stimme war also wertvoll. Alle Parteien hatten ihre Mitglieder gebeten, vollständig zu erscheinen. Selbst der sehr leidende Stadtverordnete Cassel ließ sich durch Krankenträger in den Saal tragen, um seine Wahlpflicht zu erfüllen. Beim Namensaufruf stellte sich heraus, daß von den 225 Stadtverordneten 218 anwesend waren, 7 fehlten also nur sieben. Von der kommunistischen Partei fehlten drei Mitglieder, von der Rechtssozialistischen ebenfalls 3. Andere Fraktionen war vollständig vertreten.

Das Wahlergebnis war ein recht eigenartiges. Die Liste unserer Partei (Liste Hilsberding) erhielt die Stimmen unserer 63 Fraktionsmitglieder. Die Liste der Deutschen Volkspartei erhielt 50 Stimmen, obwohl die Partei nur 30 Sitze hat; sie bekam die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung. Auf die Deutschen Nationalen entfielen 26 Stimmen; während die Kommunisten auf ihre Liste nur 20 Stimmen aufbrachten.

Bemerkenswert ist, daß die Liste der Rechtssozialisten nur 26 Stimmen anwies, obwohl 86 rechtssozialistische Stadtverordnete anwesend waren und gestimmt hatten. Die Lösung des Rätsels findet man in der Tatsache, daß die von den Demokraten eingereichte Liste Boeck 33 Stimmen erhielt, obwohl die Demokraten nur 16 Mitglieder zählten. Nimmt man hinzu, daß sieben Mitglieder des Zentrums dieser Liste die Stimmen gegeben haben, so müssen 10 Rechtssozialisten abkommandiert worden sein, die Liste Boeck zu wählen. So ist es in der Tat auch.

Die Stimmabgabe der Rechtssozialisten ist überaus bezeichnend. Trotz der sozialistischen Mehrheit in Berlin suchen sie, wie diese Abstimmung überaus deutlich zeigt, mit allen Mitteln die Anlehnung an die bürgerlichen Parteien. Die Abkommandierung von zehn ihrer Mitglieder zur Stimmabgabe für die Liste der Demokraten ist nicht nur eine Vertrauensanstrengung für deren Kandidaten, den Oberbürgermeister Böhm, sie ist vielmehr der Ausdruck der Solidarität mit dem Bürgerium.

Gewählt sind: Dr. Hilsberding, Dr. Weinberg, Reimann, Sieff, Vertreter: Schünig, Frau Weyl, Koch (K. P. D.) — Hallensleben, Dr. Matthias (D. Sp.), Ritter (S. P. D.) Steiniger (D. K. Sp.), Boeck (Dem.). Als weitere Stellvertreter sind gewählt: Röder, Sasse, Schiminski, Fabian, Mertzen.

(Der Sitzungsbericht der Stadtverordnetenversammlung folgt in der Abendausgabe.)

Erregung unter den Elektrizitätsarbeitern

Die Folgen der Provokation

In der Abstimmung wurde der Antrag, in den Betrieben eine geheime Urabstimmung darüber vorzunehmen, ob eine Aktion unternommen werden solle, mit 236 gegen 156 Stimmen abgelehnt. Hieran wurde mit 218 gegen 87 Stimmen beschlossen, sofort in eine Aktion zu treten. Ueber den Zeitpunkt und die Dauer dieser Aktion soll heute vormittag 9 Uhr, in einer allgemeinen Funktione-Konferenz der Elektrizitätsarbeiter beschlossen werden.

Es braucht nicht erst bemerkt zu werden, daß es völlig unzulässig ist, daß 218 Arbeiter für sich das Recht in Anspruch nehmen, darüber zu verfügen, ob dreitausend Arbeiter in den Streik zu treten haben oder nicht. Ganz entschieden muß aber darum Verwahrung eingelegt werden, weil durch einen solchen Beschluß das gesamte Wirtschaftsleben einer Millionenstadt wie Groß-Berlin lahmgelegt werden würde. Zum mindesten wäre zu erwarten gewesen, daß die Kommunisten sozial Einsicht gezeigt hätten, daß über einen so weitgehenden Antrag eine Urabstimmung in den Betrieben vorgenommen werden muß. Da sie es nicht getan haben, haben sie damit die geplante Aktion von vornherein außerordentlich geschwächt und jede Solidarität mit der Gesamtarbeiterchaft sowohl wie mit den Elektrizitätsarbeitern selbst zerrissen lassen.

Achtung! Elektrizitätsarbeiter!

Die Funktionäre der K. P. D. und S. P. D. -Elektrizitätsarbeiter haben nach der gestrigen Versammlung zu der Situation Stellung genommen. Die Arbeiter der K. P. D. und S. P. D. werden aufgefordert, größte Zurückhaltung zu üben, sich zu keinen vorläufigen Schritten zu lassen und unter allen Umständen die Entscheidung der Funktione-Konferenz abzuwarten!

Wie immer gut-billig!



Loreley Union Reichelt Ladewig * Assmann

Die Theateranzeigen befinden sich heute auf der 4. Seite der Beilage

Volks-Helfe-Verband
Freitag, den 8. April 1921
im Reform-Gymnasium,
Knechtstr. 10, Wilmersdorf,
Ecke Hermannstraße

DER RHEIN
Lichtbilder-Vortrag / Konzert / Rezitation
Anfang 7 Uhr.
Karten zu 2.25 M. (einkl. Steuer) sind in unserer
Buchhandlung, im Sporthaus „Richter“, Köpenicker Str. 100,
im Weltenszenarium, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Strasse 8
und in allen durch Plakate erkennbaren Stellen zu haben.

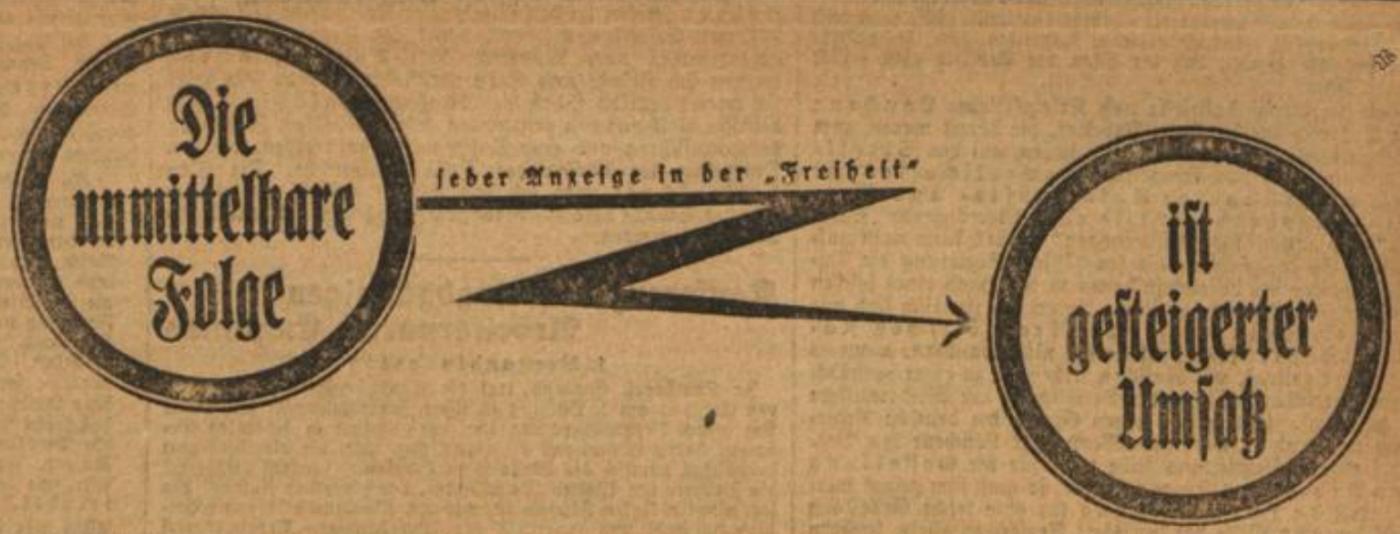
Alte, bekannte **Möbelfabrik**,
liefert vertrauenswürdiges Meubel unter der Bedingung
garantierter Diestruktion
komplette Wohnungseinrichtungen
zu günstigen **Zahlungsbedingungen**
Offerten unter V. 70 u. 222, d. „Freiheit“, Berlin C. 2.

Trauringe
Damen 900 gestempelt, Stück Mk. 120.-- an
14 März 847 70.--
K 333 85.50
Gute Garantie für Feingehalt, Best. vorläufig am Vork.
H. BOCK, BERLIN O., Andreasstraße 44.
Telefon 2400. Fernruf. Nr. 1303. Neb. Anstalt.

Betriebsräte - Gewerkschaften - Arbeiterräte
Arbeiterstiefel
gut durchgepariert, neu beschliffen
Schnürschuhe Paar M. 35.--
Schafstiefel Paar M. 55.--
zu haben
Eislebener Straße 11, Laden 4
Ecke Ronkestraße * Nähe Bahnhof Zoo

Ausschneiden!
**Verkauf nur an Händler und
Wiederverkäufer.**
Alle Sorten I. Kernseifen, Toilettenseifen,
Seifenpulver, Streichhölzer, Kerzen usw. zu
billigsten Tagespreisen. Seifen - Engros
Lothringer Straße 38
Aufbewahren!

Billige an Wald und Wasser gelegene
Barzellen in Heiligensee
bei Tegel.
Sehr guter Wohnort. In jeder Größe.
Auswahl von 20 bis 500 qm. Schöne Umgebung
Kuhlen! Vereinigungsgesellschaft Heiligensee, Berlin SW 6,
Schiffbauerdamm 24. Tel. 1. Norden 718 / 3. Heiligensee
im Bureau oder bei Lamprecht, Heiligensee, Reichshaus.
Telefon d. Tegel-Heiligensee-Strassenbahn



Fortsetzung des enorm billigen Verkaufs in Wasch- u. Kleider-Stoffen

Foulardine hübsche Muster Meter **9⁸⁰**
Kräuselstoff viele moderne Farben Meter **11⁸⁰**
Zephir für Blusen oder Oberhemden Meter **14⁹⁰**
Perkal neueste Farben Meter **18⁵⁰**
Dirndlstoffe in schönen Mustern Meter **19⁵⁰**
Kleidersatin hübsche Dirndl-muster Meter **26⁵⁰**

Kleider-Satin
in vielen modernen Farben
Meter **23⁷⁵**
Musselin
imitiert, in grosser Musterauswahl
Gruppe I II III
Meter **9⁵⁰ 12⁹⁰ 14⁹⁵**

Blusenstoff römische Streifen, Meter **26⁵⁰**
Cheviot reine Wolle, doppellbreit Meter **34⁵⁰**
Schotten reine Wolle, ca. 140 cm breit Meter **48⁰⁰**
Schotten Stuart-Muster, prima reinwoll. Qualität Mtr. **68⁵⁰**
Kostümstoff reine Wolle, ca. 150 cm br. Mtr. **88⁰⁰**
Gabardine gute Kostümware ca. 130 cm br. Mtr. **98⁰⁰**

Damen-Kostüm reine Wolle, marine Cheviot, fache ganz auf Halbseide, Gruppe 1 **265⁰⁰** Gruppe 2 **325⁰⁰**

Hemdentuch
starkfädig
Meter **8⁹⁰**

JANDORF

Renforce
feinfädig
Meter **11⁷⁵**

Bole-Alliance-Strabe Grobe Frankfurter Strabe Brunnenstrabe Kolbuser Damm Wilmersdorfer Strabe

Wiederaufbau und Entwaffnung

Voucheur über den Wiederaufbau

Das Streikrecht eine „unzulässige Forderung“

Paris, 30. März.

In seiner Rede in der Depuliertenkammer führte Minister Voucheur aus, daß die französische Regierung 14 Tage nach Unterzeichnung des Friedensvertrages eine Beratung der Sachverständigen veranlaßt und daß der Vertreter der deutschen Gewerkschaften der französischen Regierung eine Note überreicht habe, die mindestens überraschende Klauseln enthält. Außer den normalen Bedingungen der Hygiene hätten die deutschen Syndikate die unzulässige Forderung gestellt, man solle den deutschen Arbeitern das Streikrecht gewähren und ihnen außerdem, während die Landbevölkerung in Frankreich in Ruinen laufe, nicht nur Schlafzimmer und Badezimmer, sondern auch Konversations- und Gesellschaftszimmer zu sichern. Der Generaldirektor der Baugenossenschaften habe diese Bedingungen 1919 zurückgewiesen und die französische Regierung habe sie aus politischen Gründen nicht annehmen können.

1921 habe eine Verhandlung zwischen dem Allgemeinen Arbeiterverband und dem französischen Syndikat zu gleich unannehmbaren Bedingungen geführt. Weiter sei für die deutschen Arbeiter das französische Gewerkschaftsrecht verlangt worden. Minister Voucheur erklärte, den deutschen Forderungen habe die französische Regierung nicht zustimmen können. Man habe sich bemüht, Material für den Wiederaufbau von Deutschland zu erhalten. Das sei an dem schlechten Willen der deutschen Regierung gescheitert. Für fünf Milliarden Mark habe man verlangt. Die erfolgten Bietungen belaufen sich auf vier Millionen Mark. Die deutsche Regierung habe immer doppelt so hohe Preise verlangt als im Innern Deutschlands bezahlt wurde. Alles, was in dieser Richtung in Deutschland verlangt würde, entspreche nicht der Wahrheit. Weder für die Herstellung der Arbeiter noch für die Lieferung von Materialien habe Deutschland zum Wiederaufbau Sorge getragen. Die Vorschläge von Spaa wären nicht präzise gewesen, und die deutsche Regierung habe ihren Willen, dies zu tun, nicht bewiesen.

Der sozialistische Abgeordnete Durging meinte, es müßte vollkommen Klarheit geschaffen werden über die in Genf von Deutschland den französischen Gewerkschaften gemachten Angebote. Minister Voucheur sagte, er hoffe, daß der Abgeordnete keinen Vergleich zwischen der Erklärung der französischen Regierung und den Erklärungen, die in Deutschland gemacht worden wären, ziehen wolle. Minister Voucheur sprach wiederum von den Vorschlägen von Spaa und London. Die französische Regierung habe Material verlangt, das die Deutschen nie geliefert hätten. Anlässlich der Beratung seines Budgets wolle er im Einzelnen auf alle Fragen antworten.

Paris, 31. März.

Im „Peuple“ äußert sich ein Teilnehmer an den damaligen Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Arbeitern in der Wiederaufbaufrage zu den gestrigen Behauptungen des Ministers Voucheur in der französischen Kammer: Voucheur sei Minister gewesen, als den Deutschen, die ein Programm vorgelegt hätten, von der französischen Regierung eine schleunige Antwort versprochen worden sei. Diese sei niemals gegeben worden. Voucheur habe die Wahrheit geschminkt, die er vollkommen kenne. Alle Differenzen über die zwischen den französischen und den deutschen Bauarbeiter-Organisationen verhandelt worden sei, hätten sich nur auf die rechtliche Stellung bezogen, die man den Arbeitern von jenseits des Rheins hätte geben sollen, und auf ihre Beziehungen zu ihren heimischen und zu den französischen Gewerkschaftsorganisationen. Voucheur habe also bewußt die Wahrheit entstellt. Wie man auch die Forderung der Reparationsfrage beurteilen möge, die gestrige Debatte habe gezeigt, daß der Plan der Arbeiter nicht erfüllt werden könne.

Daß der Großindustrielle und Kriegsgeldherrscher Voucheur den Anspruch der deutschen Arbeiter, die bereit waren, zum Wiederaufbau nach Frankreich zu gehen, auf das Streikrecht und auf das französische Gewerkschaftsrecht sowie auf anständige Unterkunft und Verpflegungsvorhältnisse als „überraschende Klauseln“ und „unzulässige Forderungen“ erklärt, kann nicht auffallen. So lange indes die französische Regierung die Angelegenheiten des Wiederaufbaues in der Hand eines solchen Mannes behält, dessen politische Interessen identisch sind mit dem Gewinninteresse der französischen Kapitalistenklasse, darf sie sich nicht wundern, wenn es ihr nicht gelingt, mit deutschen Arbeitern zu einer vernünftigen Vereinbarung über die Beteiligung am Wiederaufbau zu gelangen. Wir haben keinen Grund, die deutsche Regierung in Schutz zu nehmen. Wenn aber Voucheur den Vorwurf erhebt, Deutschland habe nicht für die Herstellung von Arbeitern Sorge getragen, so muß ihm gefagt werden, daß die Voraussetzung für eine solche Beteiligung nicht der gute Wille der deutschen Regierung allein, sondern vor allem die Zustimmung der französischen Regierung zu jenen Arbeiterforderungen ist, die Herr Voucheur als unzulässig zu bezeichnen beliebt. Oder denkt der französische Außenminister etwa daran, die „Gestaltung“ von deutschen Arbeitern nach dem Muster der belgischen Deportationen durchzuführen?

Kahrs Widerstand gegen die Entwaffnung

Verstärkter Schutz des Reiches

Ueber das standalöse Verhalten der bayerischen Regierung in der Frage der Entwaffnung der Einwohnerwehren wird folgende amtliche Rundgebung verbreitet:

Von den in den Pariser Entschliessungen gestellten Forderungen für die Entwaffnung der Einwohnerwehren läuft die nächste am heutigen Tage ab. Die Reichsregierung hat, nachdem ihre Einwendungen von der Entente zurückgewiesen worden sind, mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Friedensvertrages und die internationale Lage den Standpunkt eingenommen, daß die Entwaffnung der Einwohnerwehren zeitig gemäß durchzuführen ist. Im ganzen Reich wird es auch möglich sein, die letzten Waffen abzugeben, innewahalten; nur Bayern scheint im Verzug zu bleiben.

Am den Widerstand gegen die jetzt fällige Waffenabgabe durch die Einwohnerwehren in Bayern zu beseitigen, hat die Reichsregierung am 23. 3. d. J. nochmals durch ein vom Reichkanzler Dr. Heinze persönlich überbrachtes Schreiben bei der bayerischen Regierung die ernstesten Schritte unternommen. Sie hat die Gründe ausgeführt, aus denen die Reichsregierung die weitere Durchführung der Entwaffnung der Einwohnerwehren trotz aller Bedenken für notwendig hält, und die bayerische Regierung dringend ersucht, der von den verfassungsmäßigen Organen der deutschen Regierung verfolgten Politik, die von allen anderen Ländern einhellig als notwendig anerkannt ist und durchgeführt wird, durch positives Mitwirken bei der Entwaffnung die Bahn zu ebnen, da nach der deutschen Verfassung die Entwaffnung ohne solche positive Mitwirkung der bayerischen Behörden nicht durchgeführt werden kann.

An dem Tage, an dem das Schreiben überreicht wurde, brach der Aufruhr in Mitteldeutschland in schwerer Form aus. Die Reichs-

regierung ließ durch ihren Vertreter der Münchener Regierung sofort erklären, daß die Reichsregierung dieses Ausbruches mit den oberdeutschen Organisationen — Schutzpolizei und Reichswehr — sehr wehr, daß also auch diese Bewegung eine Zurückhaltung des jetzt fälligen Teiles der Entwaffnung der Einwohnerwehren nach Auffassung der Reichsregierung nicht notwendig mache.

Die jüngsten Ereignisse haben trotzdem, vor allem wegen der hervorgetretenen Mängel in der Bewaffnung der Schutzpolizei dem Widerstreben in den bayerischen Bevölkerungsteilen neue Nahrung gegeben. Eine endgültige Klärung der bayerischen Regierung liegt noch nicht vor. Die Reichsregierung hält gegenüber der bayerischen Regierung an dem Standpunkt, daß die fällige Waffenabgabe der Einwohnerwehren durchzuführen ist, fest und hat dementsprechend auch durch den Reichskommissar für die Entwaffnung die erforderlichen Anordnungen weitergeben lassen. Die Mängel in der Organisation und Bewaffnung der Schutzpolizei müssen auch nach Auffassung der Reichsregierung ausgeglichen werden, aber dieser verstärkte Schutz ist nicht nur für Bayern, sondern für ganz Deutschland erforderlich. Die Zurückhaltung der Wäffnen und Maschinengewehre bei den Einwohnerwehren in Bayern ist nach Auffassung der Reichsregierung kein geeignetes Mittel, um diese oder andere Verbesserungen für ganz Deutschland zu erreichen.

Die amtliche Meldung bestätigt nur, was bereits eine in unserer gestrigen Morgenausgabe abgedruckte Privatmeldung mitteilte. Die bayerische Regierung weigert sich auch noch im letzten entscheidenden Augenblick, die Entwaffnung der Einwohnerwehren durchzuführen und bereitet somit der Politik des Reiches und damit dem deutschen arbeitenden Volke, dessen außenpolitische Interessen durch die Reichspolitik ohnehin ständig genug wahrgenommen werden, neue ernste Schwierigkeiten. Den Aufruhr in Mitteldeutschland benutzen die Kahr und Konforten als Vorwand, um ihr reaktionäres Vorgehen zu rechtfertigen. Das überrascht nicht, denn es war von vornherein sicher, daß die wahnsinnige Völschtaft der Kommunisten der ohnehin schwerbewaffneten Reaktion das Rückgrat von neuem stärken werde. Das kommt jetzt nicht nur in dem „Widerstreben“ der Bayern gegen die Entwaffnung zum Ausdruck, sondern auch darin, daß die amtliche Rundgebung der deutschen Regierung behauptet, bei diesem Aufruhr habe sich gezeigt, daß Deutschland eines verstärkten Schutzes durch die Reichsregierung und bessere Bewaffnung der Schutzpolizei bedürfe. Erstens stimmt die Reichsregierung durch eine solche Klärung den von Bayern angeführten Gründen gegen die Entwaffnung der Einwohnerwehren zum Teil zu, womit sie den Widerstand der Reaktionäre gegen die Entwaffnung vermehrt, anstatt ihn zu brechen, wie es ihre Pflicht wäre. Zweitens gibt die Reichsregierung dadurch zu erkennen, daß sie selbst die völschistischen Unternehmungen der Kommunisten als Vorwand benutzen wird, um bei der Entente die Zustimmung zur Bewaffnung der Schutzpolizei mit schwerem Geschütz, das heißt zur endgültigen Militarisierung dieser angeblichen Volksehrung zu fordern. So beginnt die Reaktion bereits, sich die durch den Aufruhr geschaffene Situation zunutze zu machen. Alles das läßt erkennen, daß die Haltung der bayerischen Regierung den Reaktionären in der Reichsregierung außerordentlich sympathisch ist. Nur um den Schein zu wahren schieben sie den Reichkanzler Dr. Heinze mit einem höflichen Schreiben und dem devotesten Erlauchen ein Entgegenkommen nach München. Mit Augurenlächern werden sich Heinze und Kahr verständigt haben. Es zeigt sich immer deutlicher, daß diese Regierung unfähig ist, das deutsche Volk aus den gespanntesten außenpolitischen Zuständen herauszuführen und eine Außenpolitik zu treiben, die den Interessen der Massen des Volkes entspräche. Die Arbeiterschaft wird sich das merken müssen, um zu gegebener Stunde ihre Forderungen zu erheben und mit Nachdruck zu vertreten.

Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands

1. Verhandlungstag

In Southport, England, trat die Unabhängige Arbeiterpartei von England am 1. Ostertag zu ihrer Jahreskonferenz zusammen. Am ersten Verhandlungstag kam es mehrfach zu lebhaften Debatten, deren Gegenstand die Hauptfrage war, die die Konferenz beschäftigte, nämlich die Stellung zu Moskau. Zunächst drehte sich die Debatte um Walter Rumbold, der einer der Führer des sogenannten linken Flügels ist, mit den Moskauern in enger Verbindung steht und innerhalb der Unabhängigen Arbeiterpartei nur das Ziel verfolgt, diese Partei entweder zur 3. Internationale herüberzuführen oder sie zu spalten.

Wegen dieser Haltung Rumbolds richteten die Genossen Schinwell und Wallhead, die beide als Vertreter der Unabhängigen Arbeiterpartei der internationalen Konferenz in Wien im Februar dieses Jahres teilnahmen, heftige Angriffe gegen ihn. Schinwell meinte, daß Rumbold nicht nur unangehörig zum Parlamentsmitglied sei, sondern auch keiner sozialistischen Organisation als Mitglied angehören könne. Wallhead als Vorsitzender der Konferenz erklärte, die Partei dürfe einen Mann wie Rumbold, der keine Beziehungen von einer Organisation außerhalb Englands, nämlich von Moskau erhalte, niemals als Kandidaten anerkennen.

Der linke Flügel glaubte diese Kennzeichnung ihres Führers Rumbold durch Angriffe auf die Genossen Snowden und repandieren zu können, der die Berufsmäßigkeiten ihrer Einkünfte über Russland und den Bolschewismus zum Vorwurf gemacht werden. Zweck dieser Angriffe war, die Bestätigung der Genossen Snowden als Vertreterin der Unabhängigen Arbeiterpartei in der Exekutive der Arbeiter-Partei zu hintertreiben. Aber in geheimer Abstimmung wurde sie mit 226 gegen 191 Stimmen bejaht.

Ebenso abgefallen ist der „linke Flügel“ mit seinen Vorwürfen über die Berichte Wallheads und Wrens, die sie nach ihrer Reise nach Russland veröffentlicht haben, und über den Jahresbericht des Vorstandes der Unabhängigen Arbeiter-Partei.

Die Bergarbeiterbewegung in England

London, 31. März.

Das Hauptthema der Blätter ist heute abend die drohende Einstellung der gesamten Arbeit in den Kohlenbergwerken.

„Daily Chronicle“ sagt, dem Lande stehe in wenigen Stunden das Unheil eines Kohlenstreiks bevor, da der Vollzugsausschuß des Bergarbeiterverbandes beschlossen habe, sämtliche Arbeiter der Kohlenbergwerke aufzufordern, die Arbeit einzustellen. Es drohe eine Fortsetzung der Bergwerke durch Ueberflutung.

„Times“ bezeichnet den Beschluß der Bergarbeiter als einen gegen die Nation gerichteten Schlag. Die Bergarbeiterführer hätten damit einen Sprung ins Fahrwasser der Revolution gemacht. Einen so ungläubigen Wahnsinn zum Beschluß zu erheben, beweise, in welcher verzweifelte Extremität sich die Führer haben treiben lassen.

Laut „Daily Herald“ findet am Vormittag eine Sitzung des Vollzugsausschusses des Arbeiterbundes statt. Die Lage werde als sehr ernst angesehen. Die „verbündeten Kohlenarbeiter“ seien entschlossen, ihnen jede mögliche Unterstützung zu gewähren.

Allem Anschein nach stehen die Bergarbeiter mit den Eisenbahnern und Transportarbeitern, mit denen sie zum sogenannten „Dreibund“ vereinigt sind, gemeinsam in dieser Bewegung, was noch deutlicher in Erscheinung treten dürfte, wenn der Kohlenarbeiterstreik ausbrechen sollte. Endgültige Beschlüsse sind noch nicht gefaßt.

Karl in Bereitschaft

Die monarchistische Bewegung in Oesterreich und Ungarn

Das spukhafte Erscheinen des Kaisers Karl in Ungarn hat den Anstoß zu einer monarchistischen Propaganda gegeben, von der die ganze ehemalige Doppelmonarchie heimgesucht und beunruhigt wird. Auch Deutsch-Oesterreich bleibt, wie wir schon gestern berichteten, nicht verschont. Jetzt wird gemeldet, daß am Mittwoch in Wien Flugzettel verteilt wurden, auf welchen die Monarchisten die Bevölkerung auffordern, der legitimistischen Partei beizutreten. In den Flugblättern heißt es, daß jeder anständige Mensch ein Monarchist sein könne, und daß es Aufgabe aller anständigen Menschen sei, Kaiser Karl nach der Kaiserkrone Wien zurückzuführen.

Die österreichische Arbeiterschaft hält sich zur Abwehr monarchistischer Unternehmungen bereit. Wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ meldet, forderte der Reichsausschuss der Arbeitervereine Deutsch-Oesterreichs die Organisation auf, den seit Dienstag abend eingerichteten verstärkten Wachdienst weiter aufrecht zu erhalten.

Karl hofft auf die Nationalversammlung

Wien, 31. März.

In der Umgebung des Erzherzogs Karl gibt man sich der Hoffnung hin, daß die Majorität der Nationalversammlung sich für Erzherzog Karl entscheiden werde, wodurch die Entente vor ein fait accompli gestellt würde. Nur für den Fall, daß die Nationalversammlung gegen Karl sich entscheiden sollte, würde der Erzherzog an der Spitze seiner Truppen den Versuch unternehmen, nach Budapest zu ziehen. In den Kreisen der tschechischen und der südbawarischen Politiker wird auf das allerentschiedenste erklärt, daß man jeden Versuch einer Restauration der Habsburger in Ungarn mit Gewalt entgegentreten werde. Die Anrufung der Militärdiktatur in Steinamanger soll gestern abend unter Glockengeläut bei Illuminierung der Stadt erfolgt sein.

Die Landarbeitertarife

Sehnsüchtig gegen die Landproletarier

Wir berichteten vor kurzer Zeit, daß die landwirtschaftlichen Tarifverträge in Pommern, die am 1. April ablaufen, nicht wieder zustande kommen konnten, weil die Grundbesitzer die Fortsetzung der Tarifverträge abgelehnt haben. Als Grund für ihre Ablehnung dienten ihnen wieder die selbstverständliche Weigerung der gewerkschaftlich organisierten Landarbeiter, die gelbe Arbeitnehmersgruppe des Landbundes als gleichberechtigten Vertragskontrahenten zur Tarifgemeinschaft zuzulassen. Die ganze Angelegenheit ist noch nicht zum Abschluß gelangt, und ihr Ausgang ist noch völlig unbestimmt. Dennoch beginnt schon jetzt eine ebenso dumme wie gemeine Hege gegen die Landarbeiter, die angeblich die Erneuerung der Tarife ablehnen. Eine Meldung der „Telegraphen-Union“ z. B. knüpft an diese Mitteilung folgende unangenehme Bemerkung:

Es handelt sich bei den Streikberichten der Landarbeiter offensichtlich nicht um eine wirtschaftliche, sondern um eine politische Maßnahme, denn die Verhältnisse der Landarbeiter in Pommern sind mit die günstigsten im ganzen Reich. Deputate bis 49 Jenner Korn, wie sie im Kreise Stralsund gegeben werden, sind keine Selbstenheit. Daneben erhalten die Arbeiter natürlich Barlohn, freie Wohnung, Ackerland, Feuerung und Vieh. Die Landarbeiter Pommerns haben somit bedeutend günstigere Lohnbedingungen als ihre städtischen Kollegen. Trotzdem scheinen es die ausländischen Elemente fertiggebracht zu haben, eine große Anzahl pommerscher Landarbeiter für den Streik zu gewinnen. Es ist bekannt, daß solche Elemente nicht die Not bedürfen, in die sie die städtische Bevölkerung durch eine solche Ernährungsabschlag bringen. Gerade eine Zeit dringender landwirtschaftlicher Arbeit, wie die augenblickliche, erscheint ihnen für ihre völschfeindlichen Pläne am geeigneten.

Alles was hier gesagt wird, ist ebenso lächerlich, wie gelogen. Aber das wird die bürgerliche Presse nicht hindern, diesen Schwachherden jenseitigen Schmocks abzubraden, der die Sache nicht kennt und darum auf die Inspirationen der reaktionären Agrarier, die die Aufmerksamkeit von sich ablenken möchten, hineinfällt. Kommt ihr etwas derartiges doch gerade in der gegenwärtigen Atmosphäre, die ohnehin mehr und mehr vergiftet wird mit reaktionären Angriffen gegen die Arbeiterschaft auf Grund unerhörter Lügenmeldungen, zurecht. Wir hängen deswegen diesen dummen Schwindel sofort niedriger, um die Hege gegen die Landarbeiter, die durchaus berechtigt sind, zu anständigen Bedingungen sofort neue Verträge abzuschließen, im Keime zu ersticken, und stellen fest, daß nur das Verhalten der Agrarier geeignet ist, Unruhe in die Landarbeiterschaft zu tragen und Streikbewegungen hervorzurufen.

Ueberfluß an Kupfer in Amerika. Laut „Daily Mail“ haben vier große amerikanische Kupferbergwerke den Betrieb bis auf weiteres eingestellt, da große Mengen Kupfer vorhanden sind, für die kein Absatz gefunden werden kann.

Deutsche Antimilitaristen aus Holland ausgewiesen. Sechs deutsche Delegierte, die an der im Haag stattfindenden Internationalen antimilitaristischen Konferenz teilzunehmen beabsichtigten, wurden von der holländischen Polizei in Bildhoven festgehalten und nach Deutschland zurückgeschickt, da sie keinelei Waffe vorweisen konnten.

Das Arbeitslosenproblem in England. Die englische Regierung hat die Arbeitgeber des Baugewerbes ersucht, während zweier Jahre 50 000 demobilisierte Soldaten zu beschäftigen. Für jeden demobilisierten Soldaten, der beschäftigt wird, will die Regierung den Arbeitgebern eine Beihilfe von 10 Schilling pro Woche während der ersten sechs Monate und 5 Schilling pro Woche für die nächsten sechs Monate gewähren. Die Arbeitgeber haben diesen Vorschlag angenommen.

Fortdauer der Bayerdemobilisierung. Das Reichslandstrett hat nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände beschlossen, die Demobilisierung des Zeitungsdruckpapiers noch bis zum 1. Juli dieses Jahres fortzusetzen. Rückgehend für diese Entscheidung war der Umstand, daß sich die künftige Entwicklung des Druckpapiermarktes infolge der durch die Sanctionen geschaffenen unklaren Verhältnisse nicht genau übersehen läßt. Im übrigen hat sich auch die Mehrheit der deutschen Zeitungsverleger und der Beirat der Wirtschaftsstelle entschieden für die Fortsetzung der Konsingentierung ausgesprochen.

Grß = Berlin

Das ange Gesicht

Eines Tages traf ich. Er war durch die U. S. P. gelaufen und bei den Komunisten gelandet. Na, also auch in der. K. P. D.?

Das Bestätigungsrecht

In einer entlegenen Stelle eines kaiserlich russischen Gartens zog regelmäßig ein Soldat auf Wache. Regelmäßig wurde er abgelöst. Jemand wußte, warum der Soldat dort stand, wo doch augenscheinlich nichts zu bewachen war.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

aus dem Monatlichen übertragen von Hermann Jax

Etwas in Peter leuchtete vor Freude. Um seine Erregung zu verbergen, verstaubte er den Kopf an des Mädchens Brust. „Nicht“, murmelte er. „Gestehet.“

Ehrfürchtig erkennen wir unsere Beschränktheit an und warten! Das neue Berlin kann warten. Zwar herrscht in der ganzen Verwaltung Anarchie, eine Verfügung jagt die andere.

An unsere Abonnenten!

Um unseren Zeitungsträgerinnen unnötige doppelte Wege zu ersparen und um eine pünktliche Weiterbelieferung sicherzustellen, ersuchen wir unsere Abonnenten, das Abonnementgeld für den laufenden Monat teils in den ersten Tagen des Monats zu bezahlen.

Disziplinierung der Fußgänger

In der Sportbeilage der „F. Z.“ am Mittag wird ein Artikel über Autounfälle veröffentlicht, der auf das Verhalten der Verkehrspolizei am Kurfürstendamm hinweist, wo Zivilbeamte die allzu schnellfahrenden Autos arrelieren.

Ein nationalistischer Jugendbildner

Von einem Leser wird uns ein Vorgang berichtet, der sich am ersten Osterfesttag in Wozfeld, Kreis Ost-Sternberg, abgespielt hat.

In einem Gasthaus veranstaltete der dortige Turnverein eine Theateraufführung: „Der Fremdenlegionär“.

Die Franzosen schiden in Deutschland Werber umher, um unsere „jungen deutschen Brüder“ mit allen nur erdenklichen Raffinesse für die Fremdenlegion zu pressen und sie dann im französischen Interesse als Kanonenfutter im mörderischen Klima Afrikas zu verwenden.

Und nun hat der Mann etwas gesagt, wovon er eigentlich als Lehrer wissen mußte, daß das verantwortungslos im höchsten Grade ist: Die „jungen deutschen Brüder“ sollten sich vielmehr in die Reihen der deutschen Vaterlandsverteidiger stellen, die gewillt sind, die brutalen Feinde (die Franzosen) restlos aus Deutschland zu vertreiben und ihnen den Fuß auf den Nacken zu setzen.

Demgegenüber muß zunächst einmal festgestellt werden, daß eine amtliche Feststellung bekanntgegeben worden ist, wonach keine Werbebüros der Fremdenlegion in Deutschland bestehen.

Mittel für Wohnungsban

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt hat der Stadtgemeinde Berlin zur Abklärung der Hauskostenüberbürdungen aus Staatsmitteln einen Betrag von 30 Millionen Mark bereitgestellt.

- 1. 200 Wohnungen durch Fertigstellung bereits begonnener Bauten, die aus Mangel an Mitteln unterbrochen werden mußten, 2. 1200 Kleinwohnungen im Flach- und Mittelhausbau,

Die größte Anzahl der Unfälle, an denen Kraftfahrzeuge beteiligt sind, ist nicht diesen, sondern den betroffenen Personen zuzuschreiben. Es ist heute kein Vergnügen, in den Straßen Berlins zu fahren, denn für das Publikum gibt es keine Straßenregeln.

Es wäre sehr erwünscht, wenn das Publikum Disziplin gegenüber den modernen Verkehrsmitteln zeigen würde. Abgesehen von den schlafenden Fußgängern, sowie den spielenden Kindern, welche den Fahrdamm bevölkern, gibt es einen großen Prozentsatz von Passanten, die anscheinend mit der größten Ruhe, kurz vor dem Herannahen eines Autos, trotz Warnungssignals, abköpftlich den Fahrdamm überschreiten oder in das Fahrzeug hineinlaufen und dadurch Situationen herbeiführen, die dem Chauffeur nicht nur die Nerven aufs äußerste anspannen, sondern schon voraussehen, daß sie aus Stahl und Eisen sein müssen.

Man wage es gar nicht, mit einem Auto an verkehrsreichen Stellen die Verkehrsregeln zu brechen, zumal dann, wenn die fliegenden Händler an den Bordsteinen oder mitten auf dem Fahrdamm ihre Geldstellen eröffnet haben und scharenweise von Kumpeltruppen umlagert werden. Die Anordnungen, denen man dann ausweichen ist, sind nicht wiederzugeben. Es wäre an der Zeit, dem Publikum durch amtliche Stellen mehr Disziplin beizubringen, was in einer anderen Stadt ein gutes Resultat zeitigte. In unserem Zeitalter gehört der Fahrdamm dem Fahrzeugverkehr!

Die vorstehenden Darlegungen vermitteln Wahres und Falsches. Es gibt Autofahrer, die gut und sicher und auch in angemessenem Tempo fahren und es gibt andere, die rücksichtslos darauflosfahren.

Gerade die berufsmäßigen Fahrer wissen ganz genau, wie sehr ihr Beruf durch die Rücksichtslosigkeit von Besitzern von Privatautos diskreditiert wird und daß gerade letztere es sind, die verschärfte Polizeimaßnahmen herbeiführen.

Peter ballte die Hände zur Faust und nahm alle Energie zusammen. „Zuerst“, sagte er, „müssen wir eine Vereinbarung treffen. Herr Gussay sagte, ich würde bezahlt werden, doch sagte er nicht, wie hoch, und wann.“

„Teufel“, erwiderte Mc Givney. „Wenn Sie wirklich den Namen des Spions erfahren haben, so braucht das Ihr geringste Sorge sein.“

„Schon recht“, meinte Peter. „Aber ich wüßte dennoch gerne, wie viel ich bekommen werde, und auf welche Art.“

„Wie viel wollen Sie?“ fragte der Mann mit dem Rattengesicht. Rattengesicht schien er sich gleichsam in eine Ecke zu verziehen, seine scharfen, schwarzen Augen beobachteten den Feind. „Wieder!“ wiederholte er.

Peter tat sein Möglichstes, um die Gelegenheit auszunützen. Arbeitete er denn nicht für die größte und reichste Gesellschaft von American-City, den Eisenbahn-Truist? Dieser war Hunderte von Millionen wert — er ahnte nicht genau, wie viel Hunderte, jedenfalls aber konnte der Truist das Geheimnis gut bezahlen.

„Ich glaube, daß Geheimnis ist gut zweihundert Dollars wert“, entgegnete er.

„Freilich“, sprach Mc Givney. „Sie sollen auch so viel erhalten.“

Peters Herz krampfte sich zusammen. Weshalb hatte er nicht den Mut gehabt, fünfhundert Dollars zu fordern? Ja, er hätte sogar tausend verlangen und sich für sein Leben lang unabhängig machen können!

„Nun“, fragte Mc Givney, „wer ist der Spion?“

Peter nahm alle Kräfte zusammen und rief noch mehr Nerven zu Hilfe. „Zuerst will ich wissen, wann ich das Geld bekomme.“

„Guter Gott“, rief Mc Givney. „Kennen Sie uns den Namen, Ihr Geld werden Sie dann schon erhalten. Glauben Sie denn, daß wir Betrüger sind?“

„Das ist alles ganz schön“, widersprach Peter. „Aber Herr Gussay gab mir keine Ursache, zu glauben, daß er mich liebt. Ich kann meine Hand noch immer nicht recht gebrauchen.“

„Er wollte bloß von Ihnen eine Information erhalten“, begütigte Mc Givney. „Diest Sie für einen Bombenwerfer — Sie können es ihm nicht verargen. Kennen Sie mit dem Spion, und ich werde dafür sorgen, daß Sie das Geld erhalten.“

Doch wollte Peter noch immer nicht nachgeben. Zwar fürchtete er den rattengesichtigen Mc Givney, und sein Herz pochte heftig, dennoch beharrte er auf seine Forderung. „Erst müßte ich das Geld sehen“, meinte er verstockt. „Wo-

für zum Teufel halten Sie mich denn?“ fragte der andere. „Glauben Sie, ich werde Ihnen das Geld geben, dann womöglich einen falschen Namen hören und Sie durchgehen lassen?“

„Das täte ich nicht.“

„Wie kann ich das wissen?“

„Ich möchte auch weiterhin für Sie arbeiten.“

„Ja, und wir wollen Sie ja auch behalten. Dies ist nicht das letzte Geheimnis, das wir durch Sie erfahren werden. Sie werden sehen, daß wir unseren Leuten gegenüber großmütig sind — könnten sonst nichts erreichen. Es ist eine Million ausgekehrt worden, um die Goobers-Leute an den Galgen zu bringen, — wenn Sie Ihre Arbeit leisten, werden auch Sie Ihr Teil erhalten, zur rechten Zeit bekommen.“

Er sprach überzeugend, und Peter begann zu schwanken. Doch hatte Peter sein Leben lang beobachtet, wie andere Leute miteinander schacherten, wie Gauner einander zu überlisten trachteten — und wenn es sich um Geld handelte, so glich Peter einem Bulldogg, der sich in die Schnauze eines anderen Hundes verbißsen hat; die Gefühle des Hundes berühren ihn keineswegs, es ist ihm einerlei, ob der Hund ihn bewundert oder nicht.

„Zur rechten Zeit?“ fragte Peter. „Was verstehen Sie darunter?“

„Mein Gott!“ rief Mc Givney angeekelt.

„Ich möchte es wissen. Bekomme ich das Geld, sofort nachdem ich den Namen genannt habe, oder erst wenn Sie sich vergewissert haben, daß der Betreffende wirklich ein Spion ist?“

Derart tauchten die beiden zornigen Bulldoggen knurrend und schnappend miteinander, aber es war Peter, der sich zuerst eingebissen hatte, und Peter ließ nicht los. Einmal deutete Mc Givney sogar an, der große Truist habe Peter zweimal ins Loch zu werfen vermoht und könne dies auch ein drittes Mal tun. Peters Herz zitterte vor Entsetzen, dennoch ließ er Mc Givneys Schnauze nicht los.

„Gut“, sagte schließlich der rattengesichtige Mann. Er sprach mit erschöpfter Verachtung, aber dies kümmerte Peter nicht. „Gut, ich will es wagen.“ Er steckte die Hand in die Tasche, holte eine Anzahl Banknoten hervor, lauter Zwanzigdollarscheine, und zählte davon zehn auf den Tisch. Peter sah, daß noch viele Scheine übrig blieben, und erkannte, er habe zu wenig Geld verlangt; dies kränkte ihn sehr. Trotzdem schaute sein Herz vor Freude — derart seltsam ist das Menschenherz.

(Fortsetzung folgt.)

Außerordentlicher Bundestag des Internationalen Bundes der Kriegsoffer

Am 26. März trat die deutsche Sektion des Internationalen Bundes der Kriegsoffer zu einer außerordentlichen Tagung in Magdeburg zusammen. Auch diese junge Organisation, die namentlich Mitglieder aller proletarischen Parteien in sich vereinigt, wird stark von den parteipolitischen Kämpfen und Wirrungen unserer Tage heimgeleitet. Die Anhänger der Moskauer Methoden stehen Unabhängige, Rechtssozialisten, kommunistische Arbeiterpartei und Sozialisten gegenüber. Das der Zusammenkunft so verschieden gerichtete Köpfe zu Auseinandersetzungen innerhalb der Organisation führen muß, ist klar. Die Parole der kommunistischen Teilbildung führte zu ernsthaften Kämpfen innerhalb des Internationalen Bundes. Dieser Umstand und die Notwendigkeit, ein neues Programm aufzustellen, machten die außerordentliche Tagung erforderlich.

Der Bundestag war sehr gut mit Delegierten aus allen Gegenden Deutschlands besetzt. Von den Reichstagsabgeordneten nahm Genosse Albrecht-Halle an der Tagung teil. Die gefährliche Spaltung ist glücklicherweise vermieden worden, obwohl die Fragen der Erzeugung zeitweise sehr hoch gingen. Dennoch lehrte bei den Vertretern aller Parteien immer wieder die Erkenntnis ein, daß man zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen unbedingt zusammenbleiben müsse. So kann als praktisches Ergebnis der Tagung verzeichnet werden: 1. Die Spaltung ist vermieden. 2. Das neue Programm ist unter Hoch und Niedrig gebracht. 3. Ein neuer Bundesvorstand ist gewählt worden, bzw. der alte Vorstand wurde um mehrere Mitglieder erweitert. 4. Die Entsendung von zwei Delegierten zur roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau wurde beschlossen.

Am ersten Tage fielen die üblichen Begrüßungswörter, auch unser Genosse Albrecht sprach zu den Delegierten. Aus dem Geschäftsbericht des 1. Vorsitzenden Karl Tiedt-Berlin war zu ersehen, daß die Mitgliederzahl des Bundes andauernd im Wachsen begriffen ist. Viel Arbeit hat das „wunderbare“ Reichsvereinsorgan der Bundes eingetragene; liegen doch zur Stunde noch etwa 7000 Beschwerden vor, die sich gegen die „Fürsorgebereitschaft“ des Reiches wenden.

Im Mittelpunkt des Interesses stand die Erhebung des zweiten Tages, an dem es sich um die Festsetzung des neuen Programms handelte. Nachdem schon am frühen Morgen Sonder-Sitzungen der Fraktionen stattgefunden hatten, wird die Tagung des Vennens um 9 Uhr eröffnet. Schulze-Frankfurt eröffnet den Bericht der Sachungskommission. Im großen und ganzen erklärte die Kommission ihr Einverständnis mit den Satzungen des Programms wie sie von der Bundesleitung vorgelegt wurden. Das Bestreben, innerhalb des Bundes eine zentrale Zentralisation herbeizuführen, durchzieht die ganzen Satzungen. Beschwerden gegen die Bundesleitung sollen in Zukunft durch den Bundesrat erledigt werden. Auch eine Erhöhung der Beiträge ist nunmehr notwendig geworden. Die Kommission schlägt folgendes vor: Für männliche Mitglieder 2,50 M., für weibliche Mitglieder 2 M. Von den 2,50 M. werden 1,50 M. an die Bundesleitung abgeführt, von den 2 M. 1,25 M. Die Bundesleitung überweist davon 60 bzw. 35 Pf. an die Gaue. Die Anstellung der Sekretäre, Agitatoren usw. soll nur vom Gesamtamt übernommen mit der Bundesleitung erfolgen, wenn sich die Notwendigkeit ergibt und die finanzielle Möglichkeit dazu vorhanden ist.

Anträge liegen in sehr großer Zahl vor, allein 49 gedruckte. Angenommen wird davon 3. Ein Antrag München, daß Angehörige von militärischen Organisationen, wie Reichswehr, Eipo, nicht in den Internationalen Bund der Kriegsoffer aufgenommen werden dürfen. Andere Anträge, z. B. Jümenau und Nürnberg fordern den Anschluß an die Moskauer Internationale. Traurig-interessant ist ein Antrag Nürnberg, in dem der Anschluß an die dritte Internationale gefordert wird und alle, die gegenteiliger Meinung sind, als Konterrevolutionäre bezeichnet und aus dem Bunde ausgeschlossen werden sollen. Der Antrag wird allerdings abgelehnt.

Inzwischen ist ein Telegramm von Henri Barbusse eingelaufen, der dem Bunde seine Grüße sendet.

Die Diskussion über den Kommissionsbericht gestaltet sich äußerst lebhaft und es kommt teilweise zu großer Erregung. Der Bundesvorsitzende Tiedt gibt die Erklärung ab, daß die Satzungen nicht durch die Parteiführer befohlen werden dürfen, sondern daß man nur die Bundesinteressen wahren solle. Die Satzungen über die Beschäftigung von Funktionären usw. sind nur so abgefaßt, daß junge, unabhängige Personen, die auch zu Vereinerungen neigen, nicht Funktionäre werden können. Auf Grund gemachter Erfahrungen ist man zu diesen Sätzen gekommen. Trotz mancher Erregungen werden die vorgeschlagenen Satzungen im großen und ganzen in der Form angenommen, wie sie dem Bundestag vorliegen. Der Bundestag beschließt einstimmig die Anstellung einer besoldeten Sekretärin für das Hin- und Herbewegungsamt. Für die Stelle wird Frau Kirichheim in Aussicht genommen.

Jetzt wird abermals ein stürmischer Meinungskampf entfacht, über einen Antrag, der verlangt, daß die Funktionäre des Internationalen Bundes aus der Landesliste ausgeschlossen werden sollen.

den sein sollen. Die Debatte artet in allgemeines Durcheinander aus, und der Vorsitzende sieht sich gezwungen, die Mittagspause einzutreten zu lassen. Erst als die Suppe aufgetragen ist, die R. A. P. D. die Internationale frugt und die Weltrevolution hochleben läst, beruhigen sich die Gemüter. Da der Saal des Konzerthauses unbedingt geräumt werden mußte, andererseits der Wunsch besteht, daß der Bundestag an diesem Tage beendet werden soll, wird am Nachmittag in einer gedeckten Veranda getagt.

Die Beiträge werden nach gründlicher Debatte wie folgt festgelegt: Für männliche Mitglieder monatlich 2 M., für weibliche 1,50 M.

Der alte Bundesvorstand wird in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt, aber um einige Personen vermehrt, so daß er jetzt 13 Personen umfaßt. Ueber die Fähigkeiten des 2. Bundesvorsitzenden Gimpel entstand ein längerer Meinungsstreit, der aber geschlichtet und gefährt wurde. Gimpel bleibt 2. Vorsitzender.

Was die Delegation nach Moskau angeht, so wünschte die R. A. P. D., daß keine partielle Zusammenkunft stattfindet. Schließlich wird festgelegt, daß der Bundesrat das Recht hat, zwei Delegierte nach Moskau zu senden. Hiermit fand der Bundestag sein Ende.

Die unsittliche Mutterschaft

Von Lydia Stacker

Der Artikel von Luise Zieh in der Osternummer der „Freiheit“ veranlaßt mich, Ihnen ein Seitenstück zu dem dort Erzählten zu berichten. Bekanntlich sind durch § 128b der Reichsverfassung alle Sonderbestimmungen gegen weibliche Beamte gefallen, mithin auch die tollste von allem, der Zolibatszwang. Es stand also der Beamtin, speziell der Lehrerin frei, zu heiraten und — da die Ehe in unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine Finanzfrage ist — ihr einziges Kapital, nämlich ihre Arbeitskraft, in die Wagschale zu werfen und sich damit überhaupt erst die Möglichkeit zu schaffen, einen Hausstand zu gründen. So dachte wohl manche Lehrerin und vertraute arglos jenem Staatsgrundgesetz, daß das deutsche Volk „von dem Willen befreit, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen“, sich selbst gegeben hat. Sie mußte bitter erleben, daß, wenn schon der wirtschaftlich Schwache in unserer Gesellschaftsordnung immer der Unterdrückte ist, die Frau als die noch Schwächere es hundert und tausendmal mehr ist. Man trat ihr gegenüber einfach die Verfassung mit Füßen. Am Tage der Heirat setzte man sie auf die Straße, und sie konnte noch von Glück lachen, wenn man ihr gestattete, als kärglich bezahlte Vertreterin, unter Gefahr täglicher Entlassung, weiter zu arbeiten. Wandte sie sich, um nicht herauszufallen, an einen „sozialistischen“ Kultusminister, so ward dort erklärt, daß man den Kommunen nichts vorschreiben könne. Und da man auch in der Ehe nicht von der Liebe leben kann, sind mir Fülle bekannt, wo angeklagte der drohenden Kündigung der Lehrerinnen einfach — notgedrungen — die Eheschließung hinausgeschoben, bis — ja, bis ein sozialistischer Kultusminister ihnen zu ihrem Recht verhelfen wird.

Das tollste ist aber folgendes: In einem katholischen Landstädtchen heiratete eine Volksschullehrerin, die 15 Jahre im Amte war. Vom Herrn Minister wird ihr gestattet, „wegen ungünstiger Familienverhältnisse trotz Verheiratung einseitig auftragsweise im Dienst der Volksschule zu verbleiben“, d. h. unter Gefahr täglicher Kündigung. Jetzt, nach einem Jahr, erwartet die junge Frau (wohl verstanden: eheliche Mutter) ein Kind, was ja ungünstige sekundäre Verhältnisse nicht gerade günstiger zu gestalten pflegt. Und nun — jetzt der katholische Geistliche des Ortes Himmel und Hölle in Bewegung, damit sie — entlassen werde — ihres Zustandes wegen. Nach seiner, und — wie er angibt — nach Meinung vieler Gemeindeglieder, „soll es sich mit dem Ansehen und der Würde einer katholischen Lehrerin nicht vereinbaren lassen, verheiratet zu sein, ein Kind zur Welt zu bringen und nach dem dazu nötigen Urlaub wieder in der Schule zu arbeiten wie zuvor.“

Kann man die Heuchelei und Verlogenheit noch weiter treiben? Die Mutterschaft und zwar die eheliche Mutterschaft wird zum entehrenden Pate! Es ist gegen die Würde einer Frau, vor ihren Schülerinnen in einem Zustand zu erscheinen, den dieselben Kinder ja doch alle an der eigenen Mutter gesehen haben oder sehen werden.

Ob man damit einen Menschen ins Elend führt, ob man ihr Kind, das man schon vor der Geburt hegt und verfolgt, damit der Not, der körperlichen und seelischen Auslieferung, das alles kammert diese pervertierten Sittlichkeitsfanatiker in ihrem Verfolgungswahn nicht im geringsten. Der Freistaat Braunschweig, der freilich eine sozialistische Majorität hat, hat ausbrauchlich bestimmt, daß Kinderbeihilfen auch der Lehrerin und zwar auch der

unehelichen Mutter zustehen. Aber im Treuen des Schulkompromisses, wo Zentrum, Demokraten und Reichheitssozialisten friedlich „zusammenarbeiten“, da wagen wir nicht einmal zu hoffen, daß ein „sozialistischer“ Minister sich der ehelichen Mutter annimmt. Wenn er wollte, könnte er denn?

Und das Proletariat, das vereint recht wohl imstande wäre, sich durchzusetzen und solchen unerhörten Ungerechtigkeiten ein Ende zu machen, ja — das zerfleischt sich selbst, das hat so viel zu tun, sich gegenseitig seine Sünden vorzurechnen, daß ihm zu gemeinsamer aufbauender Arbeit nicht Raum bleibt. Die Last aber tragen alle die, die am tiefsten bedrängt sind, die Schwächsten und Allerschwachsten, vor allem die Frauen, und gerade sie sind — durch eine Jahrtausende währende Knechtschaft so vollständig verflaut, daß sie am allerwenigsten spüren, wo der Feind steht und wo allein Hilfe zu suchen ist.

Rückzahlung von Beiträgen aus Betriebspensionskassen

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages hat in seiner Sitzung vom 30. März eine Verordnung verabschiedet, nach der den in der Zeit vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918 in private Pensionskassen eingetragenen Versicherten, die vor dem 31. Dezember 1919 wieder aus der Beschäftigung bei der Firma ausgeschieden waren, ein Anspruch auf Rückgewähr der geleisteten Beiträge, Eintrittsgelder usw. zusteht. Der Berichterstatter, Abg. Genosse Aufhäuser, betonte, daß seitens der Arbeiter und Angestellten gründlich eine gesetzliche Regelung gefordert werde, wonach allgemein für die aus Betrieben mit Pensionskassen ausscheidenden Arbeitnehmer die Rückzahlung der Beiträge gesichert wird. Um aber zunächst für die in der Kriegszeit eingestellten Erwerbstätigen, die ohne jede Aussicht auf eine Inanspruchnahme der Kassenleistungen dort Zwangsmitgleder werden mußten, die schlimmsten Härten auszugleichen, sei dem Grundgedanken der Verordnung zuzustimmen. Es mußte aber verlangt werden, daß der Anspruch auf Rückgewähr nicht von einer dreimonatlichen Tätigkeit im Betriebe abhängig gemacht wird, und insbesondere die Eintrittsgelder, die teils sehr hoch sind, in jedem Falle, also auch bei kürzerer Dienstzeit, zurückbezahlt werden. In den entsprechenden Abanderungsantragen des Berichterstatters wurde weiter vorgeschlagen, dem Endtermin des Ausscheidens aus dem Betriebe, mit dem die Rückgewähr der Beiträge aufhören soll, vom 31. Dezember 1919 mindestens auf den 31. Dezember 1920 zu verlegen. Auch die Reichssozialisten stellten ähnliche Abänderungsanträge und auch ein Zentrumsvizekanzler stimmte dem Vorschlage des Berichterstatters zu, während die übrigen burgertlichen Abgeordneten hundertlang nach versicherungstechnischen Bedenken suchten, um in letzter Stunde das Zustandekommen der Verordnung zu verhindern. Da nämlich das Gesetz über den Erlaß von Verordnungen für die Zwecke der ubertragungsamtlich mit dem 1. April 1921 außer Kraft tritt, und die Ausführung erst am 30. März stattfand, so wäre bei jeder weiteren Verzögerung die so dringliche Regelung der Rückzahlung auf dem beschriebenen Verordnungsweg überhaupt unmöglich gemacht worden. In dieser Zwangslage, in der der Ausschuss genötigt war, einen Tag vor der Beroffentlichung erst über den Inhalt der Verordnung zu entscheiden, erklärt die Regierung, daß etwaige Abänderungen ihrer Vorlage erst nach der Zustimmung des Reichsrates bedürften, die bei der Kürze der Fristen vor dem 1. April nicht mehr eingeholt werden könnte. Die Arbeitervertreter erklärten aber entgegen den Sabotierungsversuchen von rechts, unter allen Umständen im Interesse der betroffenen Arbeiter und Angestellten aus einer Verabschiedung der Verordnung vor dem 1. April bestehen zu müssen. Die Verordnung wurde dann in der Gestalt der Regierungsvorlage angenommen und die Abänderungsvorschläge in einer besonderen Entschließung niedergelegt.

Es ist nunmehr Sache der Angestellten- und Arbeiterfunktionare, die während des Krieges in die Pensionskassen eingetragenen und vor dem Ende 1919 wieder ausgeschiedenen Versicherten auf ihre durch die Verordnung geschaffenen Ansprüche für Rückzahlung von Beiträgen, Eintrittsgeldern usw. aufmerksam zu machen.

Das Programm des 3. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der 3. Internationale Sinowjew verabschiedete die Tagesordnung für den 3. Kongress der kommunistischen Internationale, der am 1. Juni in Moskau zusammentreten soll. Die Tagesordnung enthält 15 Punkte, darunter sind zwei Besetzungsklagen aufgeführt, die von der italienischen sozialistischen Partei und der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands gegen die Beschlüsse des Exekutivkomitees erhoben worden sind. Die Berufung der R. A. P. D. betrifft die Stellung des Exekutivkomitees zur kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabals, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Kaminer, Berlin. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin. — Druck des Berliner Druckers G. m. b. H., Berlin G2, Breite Str. 50.

Wolff-Blumen und Dirndlstoff

Einfarbiger Kleiderstoff 29 ⁵⁰ doppeltbreit, in vielen Farben..... Meter	Krepon 9 ⁷⁵ bedruckt, Blumenmuster..... Meter	Voile-Imitation 18 ⁵⁰ ca. 110 cm breit, in schönen Streifen..... Meter	Voile Ninon 34 ⁵⁰ doppeltbreit..... Meter
Bedruckte Eolienne 39 ⁵⁰ ca. 100 cm breit, moderne Muster..... Meter	Waschmusselin 12 ⁵⁰ zirka 80 cm breit..... Meter	Baumwollen Kleiderstoff 18 ⁵⁰ weisschwarz kariert, ca. 90 cm breit..... Meter	Serge 54 ⁵⁰ für Jackenherren ca. 100 cm breit..... Meter
Reinw. Popeline u. Serge 58 ⁰⁰ ca. 105 cm breit, in vielen Farben..... Meter	Schleierstoff 12 ⁷⁵ weiss, gute Qualität..... Meter	Baumwollen Kleiderstoff 22 ⁵⁰ weisschwarz kariert, ca. 120 cm breit..... Meter	Duchesse-Musselin 69 ⁵⁰ gestreift, ca. 90 cm breit..... Meter
Reinwollener Cheviot 69 ⁵⁰ ca. 140 cm breit, weiche und schwarz..... Meter	Batist 13 ⁵⁰ bedruckt, in vielen Dessins..... Meter	Voll-Voile 28 ⁰⁰ bedruckt, ca. 110 cm breit, in vielen Dessins, Mehr..... Meter	Karierte und gestreifte Kleiderseiden 74 ⁵⁰ in Jaquet und Messaline, doppeltbreit..... Meter
Reinwoll. Naite 78 ⁰⁰ Nadelkreuzen und Karo, ca. 130 cm breit, Mehr..... Meter	Batist 13 ⁷⁵ weiss, bestickt, Blumenmuster..... Meter	Frotte 38 ⁵⁰ ca. 115 cm breit, in vielen Farben..... Meter	Chappe-Voile 76 ⁵⁰ doppeltbreit..... Meter
Reinwoll. Twill 89 ⁰⁰ 130 cm breit, nur marine..... Meter	Dirndlstoffe 14 ⁷⁵ in schönen Mustern..... Meter	Frotte 65 ⁰⁰ ca. 120 cm breit, gestreift und kariert..... Meter	Lindener Rippenvelvet 79 ⁵⁰ moderne Farben..... Meter
Reinwollene Gabardine 98 ⁰⁰ ca. 110 cm breit, moderne Farben..... Meter			Schwarze Kleiderseide 89 ⁵⁰ gute Qualität, doppeltbreit..... Meter

Musselin 21⁵⁰
Wolle mit Baumwolle..... Meter

Schweizer Stickerei
Voile-Volaants 38⁰⁰ 42⁰⁰ 48⁰⁰
ca. 110 cm breit, weiss, bestickt

Voll-Voile 28⁰⁰ 32⁰⁰ 38⁰⁰
ca. 110 cm breit, weiss, bestickt

Seide kariert, 24⁵⁰
für Dessins..... Meter

HERMANN TIETZ

Pelz - Aufbewahrung
gegen Nottenschaden, Feuer, Wasser, Diebstahl
Umänderungen — Reparaturen

